

Hintergrundinformationen der Initiative Schule und Arbeitswelt zur Antwort des Instituts für Ökonomische Bildung (IÖB) auf die von DGB und GEW geforderte Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien im Schreiben an die Kultusministerkonferenz vom 17.12.2012.

Hintergrund

In einem gemeinsamen Schreiben vom 11.12.2012 haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der für Schulpolitik zuständigen Kultusministerkonferenz und den Kultusministerien der Länder ihre Sorge über die steigende Einflussnahme der Wirtschafts- und Finanzbranche und ihnen nahestehenden Stiftungen und Institute auf die Lerninhalte der allgemeinbildenden Schulen ausgedrückt.

Neben der Einwirkung auf die Lehrpläne sind vor allem die kostenfreien Unterrichtsmaterialien zu Wirtschafts- und Finanzthemen kritisch zu sehen, da sie keinerlei Qualitätskontrollen unterliegen. Um eine Meinungsbeeinflussung von Schüler/innen durch Unterrichtsmaterialien abzuwehren, fordern DGB und GEW eine Prüfstelle für solche Unterrichtsmaterialien, wobei in einem ersten Schritt und als Antwort auf den zunehmenden Lobbyismus in Schulen und im Sinne von Transparenz, Herausgeber und Finanzierung auf dem Unterrichtsmaterial kenntlich gemacht werden soll. Dies würde verhindern, dass Materialien im „Mantel“ neutraler und vertrauenerweckender Anbieter daherkommen könnten und die tatsächlichen Verflechtungen und Vermarktungsprozesse der Herausgeber versteckt blieben.

Diesen Forderungen von DGB und GEW hat das Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) unter Federführung von den Professoren Hans Kaminski, Rudolf Schröder und Dirk Loerwald eine Reaktion entgegengesetzt, die dem DGB und der GEW zur Kenntnis gegeben wurde. Der DGB und die GEW verzichten auf eine direkte Antwort, zumal der polemische und unsachliche Stil keine qualifizierte, an der Sache orientierte Auseinandersetzung zulässt. Die Antwort des IÖB arbeitet, wie bei Verteidigungsschriften des IÖB anscheinend üblich, mit pauschalen Vorwürfen und Andeutungen, die im Einzelnen jedoch nicht belegt werden. Ebenso pauschal wird die eigene Position als überlegen und wissenschaftlich alternativlos präsentiert. Kritik an Positionen des IÖB und andere wissenschaftliche Positionen werden ignoriert oder als „unwissenschaftlich“ abqualifiziert. Es werden Personen herabgesetzt, die sich kritisch in der Sache äußern, wobei die Antwort des IÖB (Punkt 5) in der Sache selbst keine Gegenargumente liefert.

Kurz: Die Argumentationsweise und Diktion des Briefes haben keinen wissenschaftlichen Charakter, sie bevorzugen den Modus des pauschalen Behauptens und sind insgesamt wenig objektiv. Dennoch wollen DGB und GEW die Ausführungen des IÖB nicht unkommentiert lassen.

Kommentar zu den einzelnen Aussagen des IÖB

Zu 1.:

Laut Darstellung von Kaminski, Schröder und Loerwald gibt es mit Ausnahme einzelner Negativbeispiele keine empirischen Belege für tendenziöse Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft. Als Herausgeber des Schülerarbeitsbuches „oec.Grundfragen wirtschaftlichen Handelns“¹ wird Herr Kaminski hingegen wissen, wie es um den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung steht: Das von Mitarbeitern des IÖB erarbeitete Schulbuch weist zum einen auf seinem Buchrücken wirtschaftsnahe Stiftungen² aus, von denen es unterstützt wird; zum anderen klärt das „Geleitwort der Initiatoren“ darüber auf, dass diese sich zum Ziel gesetzt hätten „in verschiedenen Bereichen von Politik und Gesellschaft die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft zu fördern und zu verbreiten“ und, dass die „Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien (...) den Stiftungen (...) ein ganz besonderes Anliegen“ sei.

Nach deutlicher Kritik ob seiner einseitigen Darstellungen blieb dem Schulbuch von Kaminski die Zulassung durch das niedersächsische Kultusministerium versagt.

Es würde nun tatsächlich eine große Überraschung darstellen, wenn die von wirtschaftlichen Interessenverbänden lancierten Unterrichtsmaterialien dort, wo sie sich keiner offiziellen Prüfung stellen müssen, ausgewogener wären, als das oben genannte Schulbuch. Die Einseitigkeit entsprechender Materialien erschließt sich jedem, der sich mit dem breiten Angebot an Lehr- und Lernmaterialien auseinandersetzt, mit dem die Wirtschaftsverbände Lehrer/innen umwerben.

Dass „die lange gepflegte Distanz zwischen Schule und Wirtschaft heute zugunsten einer konstruktiven und bildungswirksamen Zusammenarbeit weitgehend aufgelöst wurde“, wie das IÖB betont, hat nicht zuletzt monetäre Gründe. Die Finanznot der Schulen – ja des gesamten Bildungswesens – zwingt Lehrkräfte zunehmend, Unterstützungsangebote der finanzstarken Wirtschafts- und Finanzbranche anzunehmen, auch wenn offensichtlich ist, dass es sich kaum um selbstlose Geschenke handeln dürfte, sondern um reine Interessenspolitik seitens der Wirtschaftslobby.

Auch scheut sich die Wirtschaft nicht, über eigene und ihnen nahestehende Institute Studien in Auftrag zu geben, die aufzeigen sollen, dass Schüler/innen zu wenig über Wirtschaft wüssten. Hier sei angemerkt, dass derart ergebnisorientierte Auftragsstudien für die Fächer Mathematik, Physik, Literatur oder Biologie vermutlich ein ähnlich lückenhaftes Wissen attestieren könnten.

Zu 2.:

Die Behauptung des IÖB, mit einem eigenständigen Unterrichtsfach „Wirtschaft“ einen mehrdimensionalen Zugang zur ökonomischen Bildung zu verfolgen, ist vor dem Hintergrund der vom IÖB verantworteten ökonomischen Bildung wenig haltbar. Schließlich vermag Prof. Kaminski diesen Anspruch nicht einmal unter der Bedingung eines „Integrationsfaches“ einzulösen: Im maßgeblich unter seiner Verantwortung formulierten Kerncurriculum für das Fach „Politik-Wirtschaft“ an niedersächsischen Gymnasien (Schuljahrgänge 8-10) stehen die beiden Domänen „Politik“ und „Wirtschaft“ jedenfalls unvermittelt nebeneinander. Die zu behandelnden Themenbereiche werden jeweils entweder der alleinigen Zuständigkeit der „politischen“ oder „ökonomischen“ Bildung überantwortet. Das monodisziplinäre Verständnis der letzteren wird auch in den Kompetenzen zur „Sach- und

¹ Kaminski, Hans (Hrsg.) (2005): „Ökonomie. Grundfragen wirtschaftlichen Handelns: Oec.Ökonomie: Schülerband“.

² in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Analysekompetenz“³ deutlich, die in dem Kerncurriculum für die Domäne „Wirtschaft“ ausgewiesen werden und linear aus den Wirtschaftswissenschaften abgeleitet sind.

Für eine ökonomische Bildung in allgemeinbildenden Schulen, die gesellschaftliche Mündigkeit als Zielperspektive begreift, verbietet sich ferner die Aufforderung von „denken in“ ökonomischen Modellen. Stattdessen soll Schüler/innen qualifiziert werden, verschiedene Wirtschaftsmodelle zu verstehen und ihre jeweilige Legitimität kritisch zu reflektieren.

Die abschätzigen und unreflektierten Bemerkungen der Unterzeichner, gegenüber den Vertreter/innen anderer Positionen, geben einen Blick auf den Stil, welchen das IÖB in einer an der Sache ausgerichteten Debatte pflegt. Meinungen anderer als „schlichte interessenpolitisch motivierte Behauptungen zu klassifizieren“, ist nicht nur kein Argument, sondern für das IÖB auch höchst riskant, da seine eigenen materiellen Interessen an ökonomischer Bildung auf der Hand liegen. Als Organisation hat das IÖB ein in der Republik wohl einzigartiges, unmittelbares finanzielles Interesse an der Expansion ökonomischer Bildung und an der Einrichtung eines separaten Schulfachs „Wirtschaft“. Das IÖB wurde im Jahr 2012 nicht nur mit 0,92 Mio. Euro vom Land Niedersachsen bezuschusst⁴, es finanzierte sich darüber hinaus aus diversen Drittmittelquellen. **Die vom IÖB betriebene Aufmerksamkeitserhaltung für ökonomische Bildung resultiert also nicht wenig aus den eigenen finanziellen Interessen.**

Zu 3.:

Es fallen gleich zwei fragwürdige Behauptungen ins Auge. Zum einen weist der Briefftext darauf hin, dass ein Fach „Wirtschaft“ im Gegensatz zu einem Fach „Verbraucherbildung“ die „unterschiedlichen Blickwinkel systematisch aufeinander“ beziehen könnte. Damit tut er gerade so, als würde die Errichtung von multidisziplinären Integrationsfächern *gefordert* werden; tatsächlich existieren diese jedoch bereits seit Jahrzehnten. Dies verstärkt den Eindruck, als solle das eigentliche Ziel – nämlich die Auflösung der bestehenden Integrationsfächer zugunsten eines eigenständigen Faches Wirtschaft - verschleiert werden.

Zum anderen ist die Aussage „Interdisziplinarität setzt logischerweise Disziplinarität voraus“ bildungs- und schulfachpolitisch sinnfrei, denn danach müsste die Grundschule disziplinar am stärksten in Einzelfächer ausdifferenziert sein und die Oberstufe dann den höchsten Grad an interdisziplinär integrierten Fächern haben. Die tatsächliche Bildungsaufgabe wird mit dieser Aussage völlig vernebelt, denn in allgemeinbildenden Schulen, insbesondere in Primarstufe und Sek. I, aber auch in der Sek. II geht es nicht um spezielle *Disziplin*orientierung, sondern um allgemeine *Wissenschafts*orientierung. Das sehr spezielle Problem der Interdisziplinarität stellt sich im Unterricht der Primarstufe und *Sek. I* gar nicht, da die Schüler/innen ihre Persönlichkeit entwickeln, wissenschafts- und problemorientiert in die Welt eingeführt und mit für ihre Orientierung und Bewegung notwendigem Wissen und Kompetenzen ausgestattet werden sollen.

Eine ausdifferenzierte *Disziplinarität* des Denkens zu entwickeln steht dabei weit im Hintergrund. Selbst die *Gymnasiale Oberstufe*, in der es um wissenschaftspropädeutisches Lernen geht, zielt nicht auf disziplinpropädeutisches Lernen. **Dieser Begriff wird schlichtweg nicht gebraucht. Der Unterricht der allgemeinbildenden Schulen hat eine andere Aufgabe, als ein VWL-Proseminar zu simulieren.**

³ Kompetenz 1: Die Schülerinnen und Schüler denken in den Kategorien der ökonomischen Verhaltenstheorie: Wie treffen Menschen wirtschaftliche Entscheidungen? Kompetenz 2: Die Schülerinnen und Schüler denken in Kreislaufzusammenhängen: Wie wirken Menschen wirtschaftlich zusammen? Kompetenz 3: Die Schülerinnen und Schüler denken in Ordnungszusammenhängen: Wie schaffen Menschen sich ökonomische Ordnungen?

⁴ Haushaltsplan, Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Kap. 0607.

Zu 4.:

Die Forderung von Kaminski und Eggert (gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Banken) nach einem über zwölf Schuljahre hinweg zweistündig angesetzten Pflichtfach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen, entbehrt jeglicher Realität und Sinnhaftigkeit.⁵ Ein Vielfaches von dem, was der politischen und gesellschaftlichen Bildung heute in den Stundentafeln zur Verfügung steht, soll dementsprechend *allein* auf ökonomische Bildung entfallen. Dabei ist ökonomische Bildung im Unterrichtsspektrum über die Curricula längst weitreichend verankert. Hinzu kommen erhebliche Zeitkontingente, die für Betriebs- und Berufspraktika, Wirtschaftspraxiskontakte, Berufsorientierung und Bewerbungstrainings verwendet werden. Auch in anderen Unterrichtsfächern, die nicht als ökonomisch bildende Fächer ausgewiesen sind, wie Mathematik oder Geographie, ist ökonomische Bildung enthalten.

Würde man z.B. für politische, gesellschaftliche und rechtliche Bildung die gleichen Maßstäbe gelten lassen, hätten Schüler/innen von Klasse 1 bis 12 pro Woche 2 Stunden Politik, 2 Stunden Gesellschaft, 2 Stunden Recht und natürlich 2 Stunden Wirtschaft. Ein Viertel der durchschnittlichen Gesamtwochenstunden entfiel auf diese vier Fächer. Behandelte man Geschichte und Geographie ebenso, machte die Domäne „Gesellschaftswissenschaften“ fast zwei Fünftel des Gesamtunterrichts aus.

Dieses Szenario erlaubt aus Sicht der Gewerkschaften nur eine Konsequenz: Schluss mit der Fächerdebatte! Die Konzentration muss künftig auf der Unterrichtsqualität liegen und auf der Frage, welches Wissen Schüler/innen tatsächlich benötigen, um sich als mündige Bürger/innen kritisch mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auseinandersetzen können.⁶

Zu 5.:

Stellt man als Mindestanforderung an die ökonomische Bildung die Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsens, so ist festzustellen, dass uns keine Unterrichtsmaterialien von Wirtschaftsverbänden zum Themengebiet „Wirtschaftsordnung“ bekannt sind, die diesem Mindestanspruch gerecht werden. Zwar gibt es vereinzelte Beispiele, in denen die mögliche Ausgestaltung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Ansätzen kontrovers dargestellt wird (obschon es sich dabei in der Regel um „Pseudokontroversität“ handelt, z.B. wenn beim Thema Mindestlohn auch eine Auswahl von Pro-Argumenten genannt wird, diese aber im Gegensatz zu den Contra-Argumenten direkt argumentativ widerlegt werden). Grundsätzlich wird jedoch auf die Entwicklung einer affirmativen Haltung gegenüber dem Status Quo der „Sozialen Marktwirtschaft“ abgezielt bzw. gegenüber der von den Autoren zur „Sozialen Marktwirtschaft“ gewünschte Ausgestaltung.

Wäre es den Vertretern der ökonomischen Bildung in Schulen tatsächlich Ernst mit der Förderung von „kritischer Urteilsbildung“, so würden die Materialien nicht auf die Annahme einer vermeintlich festgeschriebenen Wirtschaftsordnung abzielen, sondern Schüler/innen befähigen, die Wirtschaftsordnung als fortwährende gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe zu begreifen, was u. a. voraussetzt, dass eine Auseinandersetzung mit alternativen ordnungspolitischen Konzeptionen und den in der Sozialgeschichte Deutschlands verborgenen Alternativen und Brüchen erfolgt

Solange aber mit den Unterrichtsmaterialien die (aus dem Geleitwort des von Kaminski verantworteten Schulbuchs zitierte) Absicht verbunden ist, „die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft zu fördern und zu verbreiten“ ist nicht nur in Sachen „kritischer Urteilsbildung“, sondern auch hinsichtlich einer vorurteilsfreien Wissenschaftsorientierung keine Ernsthaftigkeit zu erwarten. Es erschließt sich jedoch, warum das IÖB die von DGB und GEW geforderte Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien so vehement ablehnt.

⁵ Kaminski/Eggert 2008, 24-25.

⁶ Vgl. DGB-Beschluss (2012): „Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder über Wirtschaft lernen“, S. 4.

Zu 6.:

Die in Punkt 6 vorgebrachten Behauptungen entbehren jeglicher Genauigkeit, sie sind schlicht falsch. Sie zitieren eine gewerkschaftliche Arbeitshilfe, die nicht auf wissenschaftlicher Forschung basiert, sondern Sachverhalte einer breiten Öffentlichkeit und der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft vermitteln will. Alle Sachverhalte dieser Broschüre sind und werden belegt.

Zu 7.:

Das Schulbuch „Praxis Wirtschaft Profil“⁷ von Kaminski wurde mit dem Preis "Schulbuch des Jahres Ökonomische Bildung 2012/2013" ausgezeichnet. „Die mit dem Siegel ausgezeichneten Bücher ragen bei der Darstellung von Wirtschaftsthemen besonders heraus“, heißt es auf der entsprechenden Internetseite.⁸ Dies scheint DAS herausragende Bewertungskriterium zu sein, weitere Qualitätskriterien wurden nicht benannt.

Ausgelobt wurde der Preis von Seiten der Wirtschaft; konkret von der „Bundesarbeitsgemeinschaft *SchuleWirtschaft*“, Schirmherr war der Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler.⁹ Auch ein Blick auf die Jury zeigt, dass das Schulbuchsiegel nicht von einem neutralen und fachlich durchmischten Expertenkonsortium vergeben wurde, sondern von Vertretern der Wirtschaftswissenschaften und Verfechtern eines monodisziplinären Unterrichtsfaches „Wirtschaft“. Vertreter aus der politischen, gesellschaftlichen oder soziologischen Domäne lassen sich indes nicht in der Jury finden, was bereits an der inhaltlichen Ausgewogenheit des Schulbuches zweifeln lässt.

Dieser Verdacht bestätigt sich bei der Analyse des prämierten Buches. Schnell wird ersichtlich, dass das Buch dem Kontroversitätsgebot nicht gerecht wird. Wenn drei von zehn Kapiteln das Wort „Unternehmen“ im Titel führen, aber keines Zivilgesellschaft, Soziale Bewegung, Gewerkschaften oder nur „Bürger“, mutet es stark nach gar nicht einmal mehr subtiler Vermittlung von Unternehmersicht an.¹⁰

Betrachtet man das Lehrwerk mit Blick auf die pädagogische Maxime der Handlungsorientierung, werden ebenfalls schwerwiegende Mängel sichtbar, denn als von den „Lernsubjekten“, also den Schüler/innen, selbst politisch gestaltbar wird Wirtschaft hier so gut wie gar nicht dargestellt. Allenfalls, indem die Gründung eines Unternehmens durchgespielt wird. Die Gefahr einer „Selbstökonomisierung“ der Schüler/innen wird hier nicht gesehen.¹¹ Auch nicht, dass der allergrößte Teil der Schüler/innen später wohl eher abhängig beschäftigt sein wird und sich ihnen von daher eher Fragen nach „guter Erwerbsarbeit“, „gutem Lohn“ und der Zukunft bzw. einem drohenden „Ende der Arbeit“ stellen wird.¹² Erst „5. Der Staat im Wirtschaftskreislauf“ verlässt die ökonomische Sphäre explizit, dort werden etwa Sitten und Bräuche sowie Rechte als Grundlagen einer Wirtschaftspolitik genannt. Die Vielfalt der Bezugswissenschaften ist auch damit freilich noch nicht abgebildet.¹³ Die Übertragung der simplifizierten Struktur eines VWL-Proseminars auf ein Wirtschafts-Lehrbuch wird dem Anspruch einer sozioökonomischen Bildung eben nicht gerecht.

⁷ Kaminski, Hans (2011): „Praxis Wirtschaft Profil“, Niedersachsen, Schülerband.

⁸ http://www.schulewirtschaft.de/www/schulewirtschaft.nsf/id/8SRGAH-Page_DE?open, (18.03.2013)

⁹ Die „BAG *SchuleWirtschaft*“ ist eine Initiative der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, sie wird getragen und finanziert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), vom Bundesministerium für Inneres (BMI), der Bertelsmann Stiftung, Mc Donalds, der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, der Deutschen Kreditbank, Bundesagentur für Arbeit (BA), von Siemens, Sparkassen, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) u.v.m., vgl. www.schulewirtschaft.de

¹⁰ vgl. Kaminski (2011), S. 3-5

¹¹ Vgl. Nitschke, Bernhard, 2005, S. 4.

¹² Vgl. Rifkin, Jeremy, 2004, S. 55ff.

¹³ Vgl. Lange, Dirk / Menthe, Jürgen, 2011, S. 25-27.

Entsprechend dieser schnell ersichtlichen fachdidaktischen Mängel kann es nur verwundern, dass das Schulbuch von Kaminski die Prüfung der niedersächsischen Schulbuchkommission bestanden hat, zumal weder Solidarität und Gerechtigkeit, noch die Gestaltung einer lebenswerten Ökonomie aufgegriffen werden. Auch Mündigkeit – als zentrales Paradigma der politischen *und* ökonomischen Bildung spielt keine Rolle. Die Autoren mögen einwenden, dass all dies in einem kleinen Lehrbuch nicht darstellbar ist. Aber eine solche Argumentation, die dem ökonomischen Minimalprinzip folgt, überzeugt in der schulischen Wirtschaftslehre nicht.

Dass die BAG SCHULEWIRTSCHAFT dem Buch dennoch ein Gütesiegel verliehen hat, wirft ein Licht auf die Verflechtungen des IÖB und auch auf die Siegelproblematik insgesamt. Auch der renommierte Schulbuchverlag Westermann muss sich fragen lassen, welche Qualität Lehrer/innen künftig von ihm zu erwarten haben.

Zu 8.:

Der DGB und die GEW bekräftigen ihre Forderung nach einer qualitativen Überprüfung schulfremder Materialien, zumal die hier umfassend aufgezeigten Aktivitäten der Wirtschafts- und Finanzlobby ihre Interessenspolitik über Lernmaterialien zu betreiben, nur bestätigen, dass eine unabhängige Prüfstelle im Sinne und zum Schutz der Schüler/innen dringend erforderlich ist.

Die Forderung von DGB und GEW zielt darauf ab, Lerninhalte, Lernmaterialien und Lernziele, die von außerschulischen Akteuren an Schulen herangetragen werden, nach ihrer Sinnhaftigkeit, Schülerorientierung, Ausgewogenheit sowie ihrer fachdidaktischen und methodischen Qualität hin zu überprüfen.

Unsere konkreten Vorschläge, welche sozioökonomischen Bildungsstandards dem zugrunde gelegt werden müssen und wo eine Prüfstelle angegliedert werden sollte, möchten der DGB und die GEW mit den Bildungsverantwortlichen der Bundesländer sowie einschlägigen Experten/innen beraten.

Literatur:

DGB-Beschluss „Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen, 4.09.2012

Kaminski, Hans; Eggert, Katrin 2008. Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II. Hg. vom Bundesverband Deutscher Banken. Berlin

Kaminski, Hans (Hrsg.) (2005): oec. Ökonomie – Grundfragen wirtschaftlichen Handelns. Braunschweig..

Kaminski, Hans (Hrsg.) (2011): Praxis Wirtschaft Profil, Schulbuch Niedersachsen, Schülerband, Braunschweig

Lange, Dirk / Menthe, Jürgen (2011): ZehnThesen zur Sozio-ökonomischen Bildung, in polis 3/2011, 25-27.

Lange, Dirk (2006): Wird die politische Bildung klammheimlich abgeschafft? In: Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Nr. 3/2006, S. 23-24.

Niedersächsisches Kultusministerium (2006): Politik-Wirtschaft. Kerncurriculum für das Gymnasium Jahrgang 8-10, Hannover: Niedersächsisches Kultusministerium.

Nitschke, Bernhard (2005): Selbstökonomisierung und Flexibilisierung der Arbeitnehmer, München.

Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt /M.

Schlaffke, Winfried (2003): Sozial gerechte Marktwirtschaft. Thema Wirtschaft Nr. 82, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.